GRÜNE JUGEND Bayern

Solidarisch, vielfältig, bunt - Teilhabe für alle Menschen

Bayern war nach dem 2. Weltkrieg mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 90% des bundesdeutschen Durchschnitts das ärmste aller Bundesländer Deutschlands. Bis 1989 erhielt Bayern zudem Mittel aus dem Länderfinanzausgleich.

Durch Ansiedelung zahlreicher Unternehmen, v.a. aus der ehemaligen DDR und aufgrund des Finanzstandorts München entwickelte sich Bayern zum Land mit dem höchsten Wirtschaftswachstum Deutschlands und sehr niedriger Arbeitslosigkeit. Doch dieser Wohlstand ist aufgrund der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen weder gesichert noch gilt er für alle Menschen.

Auch in Bayern bildet sich eine immer größer werdende Schere zwischen Menschen mit sehr hohen Einkommen und Menschen mit niedrigen Einkommen. In einer Erhebung zur sozialen Lage in Bayern durch die bayerische Staatsregierung aus dem Jahr 2014 wurde deutlich, dass die allgemeine Lebenszufriedenheit sehr deutlich von Einkommen und Armutsgefährdung, als auch von der Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, abhängt. Höchste Zufriedenheit gaben vor allem Reiche, geringe Zufriedenheit Menschen mit geringem Einkommen oder mit körperlicher Einschränkung an. Auch sorgen sich 40% der Befragten um ihre soziale Sicherung.

Die soziale Lage in Bayern darf aus Sicht der GRÜNEN JUGEND Bayern nicht beschönigt werden. Wir wollen die soziale Sicherung in Bayern zukunftsfähig machen und unsere Vision einer solidarischen, gerechten und offenen Gesellschaft mit folgenden Konzepten umsetzen:

Einführung eines Teilhabepasses

Trotz des anhaltenden Wirtschaftswachstums wächst die Schere zwischen Arm und Reich unaufhörlich weiter. Doch um allen Menschen unserer Gesellschaft die Teilhabe am sozialen Leben zu ermöglichen, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens die Einführung eines flächendeckenden Teilhabepasses. Mit diesem Pass können sozial schwächer gestellte Personen vergünstigt kulturelle Angebote wahrnehmen und öffentliche Verkehrsmittel nutzen. In einigen Städten Bayerns wird das Konzept bereits erfolgreich umgesetzt, das Ziel muss allerdings sein, dass Mitbürger*innen flächendeckend einen Teilhabepass erhalten können. Besonders in Zeiten, in denen Altersarmut ein immer größeres Problem darstellt, müssen Angebote geschaffen werden.

Selbstbestimmung und Teilhabe für Geflüchtete

Geflüchtete Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, sind eines der vorherrschenden Themen in den aktuellen politischen Diskussionen. Dabei wird in aufgeheizten und menschenverachtenden Diskussionen über Grenzzäune und Schießbefehle gesprochen, um den „Strom einzudämmen“, aber nicht über konkrete Konzeptvorschläge, um den zu uns kommenden Menschen Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Nach wie vor wird sehr viel Arbeit von Freiwilligen abgefangen, was aber langfristig keine Lösung sein kann.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher zum einen eine stärkere Anerkennung der freiwilligen Helfer*innen durch Gesellschaft und Politik, sowie die Schaffung von deutlich mehr Stellen im Bereich der Asylsozialarbeit durch die bayerische Staatsregierung, um die überarbeiteten Mitarbeiter*innen zu entlasten und die teilweise katastrophale Situation der Hilfe suchenden Menschen zu verbessern.

Außerdem spricht sich die GRÜNE JUGEND Bayern gegen jegliche Versuche aus wieder zu Essenspaketen, Essensausgaben bzw. Sachleistungen für Geflüchtete zurückzukehren. Die Pläne eine "Sachleistungskarte" einzuführen, mithilfe derer Geflüchtete nur in bestimmten Läden einkaufen könnten und immer sofort als Geflüchtete erkennbar wären, verurteilen wir scharf. Sachleistungen in jeglicher Form sind entmündigend und bringen noch dazu einen hohen Verwaltungsaufwand mit sich. Geld für Essen ist kein Anreiz aus dem eigenen Heimatland zu fliehen. Diskriminierung und Krieg sind die Gründe und diese müssen endlich wirksam bekämpft werden.

Auch im Gesundheitssystem gibt es Nachholbedarf. In Bremen und Hamburg gibt es seit mehreren Jahren das Modell einer Gesundheitskarte. Die Gesundheitskarte erlaubt es Geflüchteten, ohne eine Bescheinigung vom Amt zum Arzt zu gehen. Die Sorge, dass durch dieses Modell die Kosten für medizinische Behandlungen ansteigen, konnten nicht bestätigt werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb die sofortige Einführung einer solchen Karte auch in Bayern, um Geflüchteten eine menschenwürdige medizinische Versorgung zukommen zu lassen.

Doch nicht nur das Gesundheits- und Versorgungssystem für Geflüchtete weißt erhebliche Fehlentwicklungen auf. Auch die Bedarfsermittlung bei der Auszahlung der Unterstützungsbezüge halten wir für falsch. Jede Schenkung und jedes Einkommen, welches einem Geflüchteten zukommt, wird von den monatlichen Bezügen entsprechend abgezogen. Das ermöglicht kein menschenwürdiges Leben, besonders da hier der Satz unter dem Arbeitslosengeld-II-Niveau liegt. Dieser Satz wurde vom Bundesgerichtshof als Mindestsatz für die Sicherung des Lebensunterhalts in Deutschland festgelegt. Durch den Abzug jeglicher sonstiger Einnahmen wird jedes Engagement sich finanziell zu emanzipieren unterbunden. Zudem ist auch hier das System unnötig ressourcen- und kostenbindend. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb eine spürbare Lockerung bei der Auszahlung der Bezüge an Geflüchtete, um ein menschenwürdiges Leben für alle Geflüchteten zu ermöglichen.

Ein sehr wichtiger weiterer Bereich, der dringend notwendig ist, um eine erfolgreiche Integration und Selbstbestimmung zu ermöglichen, ist die sprachliche Schulung. Es ist unabdingbar für ein selbstbestimmtes Leben sprachliche Barrieren zu überwinden. Hierbei wird besonders zu Beginn Zeit verschwendet, da Geflüchteten vor der Anerkennung kein Deutsch- und Integrationsunterricht zusteht. Aktuell übernehmen oft Freiwillige die Schulung, um diese Lücke zu minimieren. Erst nach der Anerkennung haben Asylsuchende ein Recht auf einen solchen Kurs. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, Geflüchtete ab dem ersten Tag als Mitbürger*innen zu sehen und ihnen das Recht auf einen Deutsch- und Integrationskurs zu geben.

Die GRÜNE JUGEND Bayern betont ihre Forderung nach der Einstellung von 1000 zusätzlichen Lehrer*innen, Pädagog*innen, Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen, um ein flächendeckendes Angebot bieten zu können. Zu einem großen Teil kann dabei auf bereits ausgebildete Fachkräfte zurückgriffen werden.

Inklusive Bildung und Betreuung für alle!

Bildung ist ein zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft und auch etwas wofür sich die bayerische Staatsregierung rühmt. Doch nicht nur im Bereich der Asylsuchenden gibt es dabei Nachholbedarf, sondern auch in Regelschulen ist das Angebot nicht ausgewogen. Die GRÜNE JUGEND Bayern erachtet eine Schulreform für längst überfällig. Hier können sich die skandinavischen Länder als Beispiele genommen werden. Die Schüleranzahl der einzelnen Klassen ist deutlich geringer und die Gesamtschule weit verbreitet. Besonders im inklusiven Bereich ist ein Ende der separierenden Schule wichtig. Viele Kinder und Jugendliche besuchen aufgrund von körperlichen oder geistigen Einschränkungen gesonderte Schulen. Dabei sollten Kinder damit aufwachsen, dass es vielfältige Menschen gibt, um so Akzeptanz und Sensibilität füreinander zu schaffen. Oftmals werden Menschen mit Einschränkungen auch vor der Gesellschaft in gesonderten Einrichtungen, in denen sie sowohl wohnen und auch arbeiten, versteckt, obwohl sie ein wertvoller Teil unserer vielseitigen Gesellschaft sind.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb die Einführung einer Gesamtschule, mit einem verstärkten Ganztagesangebot nach dem Vorbild der skandinavischen Länder. Es

sollte allen Kindern und Jugendlichen, auch mit Einschränkungen, ermöglicht werden, Regelschulen zu besuchen. Um keine falschen finanziellen Anreize einer kurzen Schullaufbahn zu schaffen, fordern wir außerdem, dass alle Schulmaterialien allen Schüler*innen kostenlos zu Verfügung gestellt werden.

Neben der ganzheitlichen Umgestaltung unseres Schulsystems, gilt es auch in anderen Bereichen eine bessere Förderung von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen. Freizeitbeschäftigungen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein! Daher fordert die GRÜNE JUGEND Bayern Musik- und Sportangebote sowie sonstige Vereine stärker zu fördern und besonders im Zuge der Ganztagesbetreuung an Schulen anzubieten und Kooperationen zu ermöglichen.

Für uns reicht eine Bildungsreform von der Kinderbetreuung bis zum Abschluss der Ausbildung. Familien haben dabei häufig das Problem der fehlenden Kindergarten- und Kindertagesstättenplätze, welche zudem sehr teuer sind. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert mehr Erzieher*innen einzustellen, diese besser zu bezahlen und Sozialberufe endlich wertzuschätzen. Zudem brauchen junge Familien ein breiteres Angebot der Kinderbetreuung, um die aktuellen, alltäglichen Herausforderungen bewältigen zu können. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher Eltern finanziell zu entlasten und Kinderbetreuung stärker staatlich zu fördern.

Die finanzielle Belastung der Eltern endet jedoch weder mit der Kinderbetreuung noch mit der Schullaufbahn. Auch ein Studium ist für Eltern und Studierende eine große Herausforderung. Oft muss der Nachwuchs umziehen und benötigt allein für den Unterhalt

eine beträchtliche Menge an Geld. Eltern sollten damit nicht belastet, und junge Erwachsene als eigene Personen gesehen werden. Zwar gibt es bereits die Unterstützungsmöglichkeit des Staates durch Bafög, dabei hängt der Unterstützungssatz vom Einkommen der Eltern ab. Dies erhält man wenn man bereits abgeschlossene Berufsausbildung und anschließender 3 Jahre Berufserfahrung gesammelt hat.
Zwischen dem elternabhängigen und dem elternunabhängigem Bafög gibt es zudem diverses Grau, beispielsweise für Menschen die eine Berufsausbildung abgeschlossen haben aber keine Berufserfahrung gesammelt haben.
Für uns als GRÜNE JUGEND Bayern ist allerdings klar: Wir wollen für alle Lernenden ein selbstbestimmtes Leben. Zudem können ohne Bedarfsprüfungen für Bafög massiv Verwaltungskosten eingespart werden. Deshalb fordern wir bis zur Einführung des BGE ein Bafög ohne Bedarfsprüfung für alle Personen die auch aktuell antragsberechtigt sind als Vollzuschuss zu bezahlen.

Frauen* und Eltern gezielt unterstützen!

Kinder und deren Eltern sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Deshalb müssen diese von der Gemeinschaft unterstützt werden. Besonders für Familien, die nicht aus Vater-Mutter-Kind bestehen, mangelt es an Unterstützung. Die Bayerische Landesregierung möchte auch weiterhin am Konzept des Betreuungsgeldes festhalten, obwohl dieses vom Bundesgerichtshof gekippt wurde. Das Konzept stellt für die GRÜNE JUGEND Bayern keine Alternative dar, da es ausschließlich ein klassisches Familienbild mit einem*r

Gutverdiener*in und einer*m Hausfrau*mann unterstützt. Der Elternteil, der die Kinderbetreuung übernimmt, hat stets das Nachsehen in Bezug auf soziale Absicherung. Deswegen fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die CSU Landesregierung auf, sich an Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu halten und das Betreuungsgeld nicht weiter zu verfolgen. Stattdessen sollte bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens das Kindergeld erhöht werden und einzig Kinder und nicht der Trauschein an sich gezielt gefördert werden. Für junge Familien, auch jenseits der klassischen Familienbilder, muss eine steuerliche Neuregelung gefunden werden.

Doch nicht nur das Steuersystem muss überarbeitet werden um bestehende soziale Ungerechtigkeiten zu verringern. Aktuell werden besonders junge Frauen bei der Jobsuche stark benachteiligt. Firmen stellen diese aus Angst, dass diese zeitnah wieder "ausfallen", nicht ein. Dahingehend muss die Finanzierung des Mutterschutzes überarbeitet werden. Junge Frauen dürfen nicht auf Grund von Eventualitäten benachteiligt werden.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass die finanzielle Belastung durch den Mutterschutz von den Firmen genommen und auf die Krankenkassen umgelegt werden soll. Zusätzlich muss aber auch das Bewerbungssystem in Deutschland neu geregelt werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass die Angabe von Geschlecht und Alter, sowie die Beigabe eines Bewerbungsfotos untersagt werden. Die Umstellung des Bewerbungssystems könnte viele Probleme und Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt lösen.

Barrieren endlich abbauen!

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum erfährt auch aufgrund der wachsenden Zahl älterer Menschen eine steigende Wichtigkeit. Auch heute noch werden Personen mit Einschränkungen aus dem Alltag ferngehalten. Durch separate Schulen und den Ausschluss von vielen öffentlichen Angeboten wird ihnen das "Anderssein" von Beginn an eingetrichtert. Besonders im Berufsleben kommt es dabei zu Benachteiligungen. Um über die von uns geforderten finanziellen Leistungen für Menschen mit Einschränkung hinaus unsere Kommunen und die Infrastruktur barrierefreier zu gestalten, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Staatsregierung auf, das Ziel der Barrierefreiheit in öffentlichen Einreichungen bis 2023 konsequenter zu verfolgen. Doch der Umbau von Infrastruktur kann nicht die einzige Maßnahme sein.

Soziale Verbände fordern seit Jahren ein neues Inklusionsgesetz, denn bisher dürfen eingeschränkte Personen im Monat maximal 798 Euro verdienen und nicht mehr als 2600 Euro Vermögen haben, um die volle Höhe der staatlichen Unterstützung zu erhalten. Alles darüber hinaus wird zu mindestens 40% vom Sozialamt eingefordert. Diesen Zustand finden wir für alle Beteiligten unzumutbar und fordern bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens endlich ein modernes und faires Teilhabegesetz für eingeschränkte Mitbürger*innen zu schaffen. Dieses soll den Erhalt von in ihrer Höhe regelmäßig angepassten Sozialleistungen ohne Abzug ermöglichen.

Sozialer Wohnungsbau muss in die Höhe schießen!

Investitionen in sozialen Wohnungsbau sind derzeit in aller Munde. Doch scheitert ein zügiger Neubau daran, dass die Kommunen die benötigten Flächen nicht erwerben wollen, Flächen der Kommunen nicht für sozialen Wohnungsbau genutzt werden und am schlechten Liegenschaftsmanagement des Freistaats Bayern.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Mittel im Wohnungspakt Bayern zu verdoppeln und mindestens 50000 neue Sozialwohnungen zu errichten. Es muss geprüft werden, ob der Genehmigungsprozess ohne eine Senkung der Standards beschleunigt werden kann.

Des Weiteren fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Einführung einer regelmäßig zu erhebenden Wohnungslosenstatistik, um die Entwicklung in Bayern überprüfen zu können.

Die Staatsregierung darf nicht länger die Augen vor dem Problem der wachsenden Armut verschließen.

Solidarische Gesundheitsvorsorge für alle!

Das Zwei-Klassen-Gesundheitssystem hat ausgedient. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Einführung eines Krankenkassensystems, in das alle Menschen einzahlen und in welches alle Einkommensarten einbezogen werden. Die Beitragsbemessungsgrenze im Gesundheitssystem muss zudem abgeschafft werden, um eine solidarische Finanzierung zu erreichen. Die Möglichkeit Kinder mitzuversichern soll weiterhin beibehalten werden.

Keine Sorge um die Rente

Viele Menschen beschäftigt die Angst im Alter ihr Leben nicht mehr selbst finanzieren zu können. Bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens benötigen wir ein

gerechtes Rentensystem, das es allen Menschen ermöglicht im Alter in Würde leben zu können. Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich für ein Rentensystem ein, in das alle Erwerbstätigen einzahlen. Auch alle Beamt*innen, Freiberufler*innen und Selbstständige sollen mittelfristig in das Rentensystem aufgenommen und Pensionen abgeschafft werden.

Wir fordern eine Basisrente, die allen Menschen im Rentenalter ausgezahlt wird, die ihren Erstwohnsitz in Deutschland haben. Der Betrag soll hoch genug sein, um die gesellschaftliche Teilhabe zu sichern. Die Basisrente wird aus Steuern finanziert. Die dafür erforderlichen Einnahmen sollen durch erhöhte Steuereinnahmen und eine Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze gedeckt werden. Für uns ist klar: Die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze darf nicht zu überzogenen Ansprüchen aus der gesetzlichen Rentenversicherung führen. Ehen dürfen im Rentensystem nicht mehr bevorzugt werden. Erziehungszeiten und Freiwilligendienste sollen stärker angerechnet werden. Weiter fordern wir flexible und individuelle Altersgrenzen und Arbeitsphasen. Jeder Mensch sollte für sich entscheiden können, wie viel, wie lange und wann er*sie arbeiten möchte, sodass Menschen auch in der Rente noch leichter weiter arbeiten können, wenn sie dies möchten. Mit diesen Maßnahmen können wir einen radikalen Umbau des Sozialstaates einleiten, um soziale Gerechtigkeit, Geschlechter-, Generationen- und Teilhabegerechtigkeit zu erreichen.

Gleichberechtigt und solidarisch - Gute Arbeit für alle schaffen

Das Leben in unserer Gesellschaft ist maßgeblich von Lohnarbeit geprägt. Menschen werden über ihren Beruf definiert, wer keiner Lohnarbeit nachgeht, ist von gesellschaftlicher Stigmatisierung betroffen. Lohnarbeit bedeutet dabei aber auch meist ein Abhängigkeitsverhältnis mit einem vielfach starken Konkurrenzdruck. Dieser Druck zeigt sich in Überstunden, die wie selbstverständlich getätigt werden sollen und dadurch, dass viele Menschen gestresst nach der Arbeit nach Hause gehen. Gesellschaftlich ist das Dogma vorherrschend, dass sich Arbeitnehmer*innen mit ihren Bedürfnissen dem Wohle der Wirtschaft unterordnen sollen und daher auch Lohnzurückhaltung üben sollen. Wenn es der Wirtschaft schlecht geht, dann sollen die Beschäftigten den Gürtel enger schnallen. Wenn es der Wirtschaft gut geht, dann sollen die Beschäftigten ebenfalls bescheiden sein, damit das auch so bleibt. Jene, die die Gewinne erwirtschaften, sind also immer im Nachteil – egal wie es der Wirtschaft geht. Der Kapitalismus zwingt die Unternehmen dazu, immer produktiver zu werden und stets zu wachsen. Dieser Wettbewerb geht zu Lasten der Arbeitnehmer*innen, die oft wegrationalisiert werden und deren Arbeitsverhältnisse prekarisiert werden. Daher wollen wir den Kapitalismus überwinden und eine solidarische Form des Zusammenlebens und des Wirtschaftens schaffen. Wir wollen aber nicht untätig auf so eine grundlegende Änderung unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems warten, sondern auch jetzt schon die Bedingungen von Arbeitnehmer*innen verbessern. Daher werden im Folgenden Konzepte dafür entwickelt.

Prekäre Arbeitsverhältnisse stoppen

Wir wollen nicht länger in einer Gesellschaft leben, in der die Mehrheit der Menschen ausgebeutet wird, damit eine Minderheit Reichtum anhäuft. Lohnarbeit muss angemessen bezahlt und die Beschäftigten vor ungezügelter Ausbeutung geschützt werden. Seit Anfang 2015 gilt in Deutschland ein Mindestlohn von 8,50 Euro. Millionen Menschen profitieren vom Mindestlohn. Die von vielen Kritiker*innen vorhergesagten Jobverluste durch den Mindestlohn sind ausgeblieben. In vielen Branchen sind die Verdienste kräftig gestiegen, es gibt weniger Minijobs und mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Trotzdem fordern die Arbeitgeber*innen neue Ausnahmeregelungen, zum Beispiel für Praktikant*innen, Arbeitslose, Geflüchtete und Ungelernte. Das ist Ausbeutung und verfassungsrechtlich nicht zu rechtfertigen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert einen Mindestlohn ohne Ausnahme,der von staatlicher Seite konsequent kontrolliert und durchgesetzt wird.

Die positiven Auswirkungen der Einführung des Mindestlohns geben grünes Licht für eine Erhöhung in den nächsten Jahren. Bei einer Vollzeitbeschäftigung mit einer 38,5-Stundenwoche ergibt ein Stundenlohn von 8,50 Euro rund 1.400,00 Euro monatlich brutto. Ein Leben in Würde ist damit kaum machbar. Mieten und Lebenshaltungskosten steigen Jahr für Jahr. Vor allem in Bayern ist ein Leben teuer, die Lebenshaltungskosten in München liegen laut Verbraucherpreisindex 27,2 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Wir fordern daher einen Mindestlohn von 15 Euro die Stunde, der zudem jährlich an

Preissteigerungen angepasst werden muss. Bayerische Alleinerziehende mit einer 30-Stunden-Woche hätten somit einen Netto-Lohn von etwa 1300 Euro, also noch immer eine Summe, die bezüglich Partizipationschancen und Altersvorsorge problematisch ist. Wir fordern die Staatsregierung und Kommunen auf, im Zuge öffentlicher Ausschreibungen bereits auf diese Lohnuntergrenze zu bestehen. Nach der Einführung eines Grundeinkommens soll die Höhe des Mindestlohns neu bewertet werden.

Zeit zum freien Arbeiten

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert eine gesamtgesellschaftliche Debatte und politische Veränderungen zu Arbeitszeiten. Menschen sollten mittels individueller Arbeitszeiten selbst entscheiden können, wie viele Stunden sie täglich, wöchentlich und monatlich arbeiten wollen. Sogenannte "flexible Arbeitszeiten" richten sich vielfach nur nach den Vorstellungen der Arbeitgeber*innen und Wünsche der Arbeitnehmer*innen spielen eine nur untergeordnete Rolle. Häufig wird ständige Erreichbarkeit und Verfügbarkeit erwartet, die Arbeitnehmer*innen können nicht abschalten, entspannen oder ihre Freizeit nach Belieben gestalten. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher ein Ende von kaum planbaren und familienfeindlichen Arbeitszeiten. Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Menschen sichert dabei auch diejenigen ab, die sich für unentgeltliche Tätigkeiten, etwa das Pflegen anderer oder künstlerischen Betätigungen, entscheiden. Bis zur Einführung des Grundeinkommens fordern wir eine Debatte über eine bessere Ausgestaltung von Arbeitszeiten. Unser Ziel ist die Reduzierung der Arbeitsstunden für

eine Vollzeitstelle auf 30 Stunden in der Woche bei vollem Lohnausgleich. So bleibt Zeit für Arbeiten, die auch der Gesellschaft zu Gute kommen, im Moment aber finanziell noch nicht entlohnt werden.

Raus aus der Armutsfalle Erwerbslosigkeit

Die Behauptung, wer Arbeit sucht, finde auch welche, ist falsch. Im Frühjahr 2016 waren 3,9 Prozent der Erwachsenen in Bayern arbeitslos, 64.458 Menschen sind Langzeitarbeitslose. Es kann dabei davon ausgegangen werden, dass die Statistik die tatsächliche Anzahl verschleiert. Menschen, die sich weiterbilden oder eine Beschäftigungszuschuss erhalten, sind nicht als arbeitslos registriert. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Herausgabe der tatsächlichen Daten. Geschönte Statistiken verbessern zwar das Wahlergebnis der Regierungspartei, verhindern aber eine tatsächliche Hilfe für die von der Situation Betroffenen.

Die Liste der Vorurteile gegenüber Erwerbslosen ist lang: Sie seien faul, unwillig, ungebildet und hätten es sich in der "sozialen Hängematte" bequem gemacht. Ständige Kontrollen und Drohungen Bezüge zu kürzen sollen sicherstellen, dass jedes auch noch so schlechte Jobangebot wahrgenommen wird. Das Bedürfnis der Betroffenen auf ein würdiges Leben wird zweitrangig. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, dass bis zur Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens, Arbeitslosengelder ohne

bürokratischen Aufwand beantragt werden können. Außerdem fordern wir die Abschaffung jeglicher Sanktionsmechanismen und Möglichkeit zur Kürzung des Arbeitslosengeldes. Wer seinen Job verliert, stürzt nach zwölf Monaten vom Arbeitslosengeld I auf Hartz IV-Niveau ab. So sollen Menschen durch die Angst vor sozialem Abstieg dazu gedrängt werden, auch schlechte Jobangebote anzunehmen. Das Arbeitslosengeld I beträgt immerhin 60 Prozent des letzten Nettolohns, das Arbeitslosengeld II hingegen nur noch 324 bis 404 Euro pro Monat plus Wohnkosten. Damit kann der Lebensstandard nicht gehalten werden, es erfolgt der Absturz in die Armut und die Bezeichnung als "langzeitarbeitslos". Aus Sicht der GRÜNEN JUGEND Bayern muss die Arbeitslosenversicherung Menschen im Fall eines Jobverlusts ermöglichen, ihren Lebensstandard abzusichern. Bei der Suche nach einem neuen Job soll kein zeitlicher Druck bestehen. Wir fordern daher die Abschaffung des Arbeitslosengelds II.

Gute Ausbildung fördern

Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland schwankt je nach Bundesland zwischen etwa 3 und 11 Prozent. Ein Faktor für die „geringe“ Arbeitslosigkeit ist sicherlich die duale Ausbildung, die es so nur in Deutschland und Österreich gibt. Um die Zahl der unversorgten Ausbildungsbewerber*innen zu schönen, werden jedes Jahr tausende in Fortbildungen, Praktika oder Berufsvorbereitungen gesteckt. Zudem werden anhand undurchsichtiger Kriterien bei weitem nicht alle Jugendlichen als "ausbildungsreif" eingestuft. Vorrangiges Ziel ist offenbar nicht die Ausbildung der Jugendlichen, sondern

eine marktkonforme Selektion. Nur die für die Unternehmen besonders profitablen werden ausgebildet. Dennoch bleiben jährlich zehntausende Lehrstellen unbesetzt, meist in der Gastronomie, im der Hotellerie oder im Lebensmittelhandel. Grund sind schlechte Bezahlung und unzumutbare Arbeitsbedingungen. Auch die Ausbildungsbedingungen sind häufig mangelhaft. Auszubildende müssen Überstunden machen, fühlen sich ungenügend betreut oder müssen ausbildungsfremde Tätigkeiten übernehmen, um ihre Existenz zu sichern. Die Zeit die für Überstunden, ausbildungsfremde Tätigkeiten oder zum Nachholen des Stoffes, den einem der*die Ausbilder*in nicht beigebracht hat, aufgewendet werden muss, gehen von der Lernzeit und den Prüfungsvorbereitungen ab. Dadurch steigt der Leistungsdruck auf Azubis und die damit verbundenen Existenzängste.

Die Ausbildungsvergütung ist in ganz Deutschland immer noch sehr unterschiedlich und in der Regel ungenügend. So werden derzeit fast zwei Drittel der Azubis unter 750 Euro im Monat vergütet. Frauen* werden oft bei der Ausbildungsvergütung benachteiligt. So beträgt die durchschnittliche Ausbildungsvergütung bei Frauen* 628 Euro/Monat, zum Vergleich beträgt dieser bei Männern 716 Euro/Monat, branchenspezifisch sind die Unterschiede teilweise sogar größer. Nur etwa ein Drittel der Jugendlichen werden nach der Ausbildung übernommen, Frauen seltener als Männer.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen und eine stärkere in die Pflichtnahme großer Unternehmen bei diesem Prozess.

Notwendig ist eine Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung: wer nicht ausbildet muss sich dennoch an der Finanzierung der Kosten die durch die Ausbildung entstehen

beteiligen. Weiter fordern wir eine Mindestvergütung von 1200 Euro unabhängig von Geschlecht und Region. Dies muss mit besseren Ausbildungsbedingungen und angemessener Betreuung einhergehen, es braucht eine von Arbeitgeber*innen unabhängige Beschwerdestellen für Auszubildende. In der Zeit der Prüfungsvorbereitung fordern wir bis zu zwei Wochen bezahlten Sonderurlaub. Weiter fordern wir eine Übernahmepflicht der Ausgebildeten an ihren jeweiligen Standorten im erlernten Beruf.
Um dies zu erreichen streben wir zum einen eine Stärkung der Auszubildenden Vertretungen in den Betrieben und zum anderen mehr Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsjugenden an.
Diese Forderungen zum Thema Ausbildung stellen allerdings nur einen Abriss dieses Themas dar, ein umfangreiches Konzept "Ausbildungspolitik - jung, grün, anders!" wurde bereits im Herbst 2015 beschlossen.

Arbeitsschutz verbessern

Gerade junge Menschen brauchen besonderen Schutz vor zu langen Arbeitszeiten und zu starker Arbeitsbelastung. Die entsprechenden Gesetze zur Einhaltung von Pausen und zur Beschränkung der Nachtarbeit sind da, vielfach findet aber keine Kontrolle innerhalb der Betriebe statt. Daher fordert die GRÜNE JUGEND Bayern auch hierfür eine von Arbeitgeber*innen unabhängige staatliche Beschwerdestelle und unangemeldete Kontrollen in den Betrieben.

Betriebliche Mitbestimmung sicherstellen

Gute Arbeitsbedingungen gibt es dort, wo die Arbeitnehmer*innen ein starkes Mitspracherecht haben. Gerade im Dienstleistungsgewerbe und im (Einzel)Handel werden aber gewerkschaftliche Strukturen von Arbeitgeber*innen verhindert und Druck aufgebaut, damit keine organisierte Interessensvertretung entsteht. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, dass es ab fünf Angestellten einen gesetzlich verpflichtenden Betriebsrat braucht, der in alle wichtigen Betrieblichen Entscheidungen eingebunden sein muss. Gerade Kündigungen oder ein Umbau der Belegschaftsstruktur brauchen die Zustimmung des Betriebsrats. Dabei darf es keine Unterscheidung zwischen fest Angestellten und etwa Leiharbeiter*innen geben, es zählen die in einem Betrieb arbeitenden Menschen. Für die in den Betriebsrat gewählten Personen fordern wir eine adäquate Anrechnung ihrer zeitlichen Aufwendungen auf die Arbeitszeit. Auch die große Ungleichheit zwischen den Löhnen der Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder von Konzernen und geringverdienenden Arbeiter*innen derselben stellt ein großes Problem dar. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb, dass ein Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglied maximal das 20-fache des Lohnes des am geringsten entlohnten Arbeiters der Firma verdienen dürfen soll.

Equal Pay jetzt

Viele Berufe sind noch immer einem bestimmten Geschlecht zugeordnet und werden unterschiedlich bezahlt. So sind gerade die schlecht bezahlten Berufe im sozialen und

Dienstleistungssektor diejenigen, in denen hauptsächlich Frauen beschäftigt sind. Insgesamt ist festzustellen, dass Frauen und Migrant*innen für die gleiche Tätigkeit weniger Geld bekommen. Daher fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass der Gender Pay Gap geschlossen werden muss und ein Migrationshintergrund nicht zu einer schlechteren Bezahlung führen darf. Außerdem fordern wir die generelle finanzielle Aufwertung der Berufe, die noch als weiblich geprägt gelten.

Für eine gerechte Gesellschaft - das junggrüne Steuerkonzept

Wir kämpfen für eine gerechte Welt!

Eine solidarische Gesellschaft ermöglicht es allen Menschen sozial, politisch und kulturell an dieser Teil zu haben. Um diese Teilhabe zu ermöglichen müssen alle Menschen zu der Finanzierung des Staates beitragen. Hierbei gilt: Menschen mit hohen Einkommen und Vermögen müssen mehr zur Finanzierung beitragen als monetär schlechter gestellte Menschen. Um diesen Anspruch gerecht zu werden handeln wir nach folgenden Grundsätzen: Hohe Einkommen, hohe Kapitalerträge sowie große Erbschaften und Schenkungen müssen endlich stärker belastet werden; niedrige Einkommen müssen wieder entlastet werden. Gemeinsam wollen wir für eine gerechtere Welt streiten, in der die Chancen gleich verteilt sind und alle ein Leben in Würde führen können. Ein gut finanziertes Bildungssystem, gute Infrastruktur und eine arbeitsfähige Verwaltung kommt

jede*r Einwohner*in dieses Landes zu Gute und sichert uns so langfristig ein gutes Leben für alle Menschen.

Wie sich die GRÜNE JUGEND BAYERN die Ausgestaltung eines Steuerkonzeptes im Detail vorstellt soll im diesem Konzept aufgezeigt werden:

BGE- die Vision vom selbstbestimmen Leben für alle

Für uns ist eines klar: Langfristig sehen wir als eine der wichtigsten steuerpolitischen Maßnahme die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Das bedingungslose Grundeinkommen erfüllt zwei grundlegende Funktionen: Auf der einen Seite sichert es alle Menschen finanziell ab, wodurch niemand mehr in Angst vor Armut leben muss und auf der anderen Seite gibt es jedem Menschen die Möglichkeit an dem Leben in der Gesellschaft zu partizipieren.

Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern einen Wechsel zu einem neuen Sozialstaatsmodell basierend auf einem Bedingungslosen Grundeinkommen.

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen löst bei weitem nicht alle Probleme, kann aber einen großen Schritt hin zu einer gerechten, selbstbestimmten und inklusiven Gesellschaft darstellen. Für ein bedingungsloses Grundeinkommen existieren viele unterschiedliche Konzepte, die teilweise nur sehr bedingt die Ziele der GRÜNE JUGEND Bayern erfüllen.

Im Folgenden sollen daher grundlegende Eckpunkte zur Ausgestaltung, Finanzierung und begleitenden politischen Maßnahmen für die Einführung eines BGE skizziert werden.

Grundeinkommen für alle

Für uns ist klar: Ein Leben in Würde und die Teilhabe an der Gesellschaft sind ein Menschenrecht. Dieses gilt unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft und Staatsbürgerschaft. Alle Menschen brauchen Geld für ein selbstbestimmtes Leben. Daher dürfen diese Kriterien keine Voraussetzung für die Zahlung des bedingungslosen Grundeinkommens sein. Vielmehr sollen nach unserem Modell alle Menschen, die ihren Erstwohnsitz in Deutschland haben das Grundeinkommen erhalten.

Höhe des Grundeinkommens

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist nur sinnvoll, wenn es in seiner Höhe ausreichend ist. Vorschläge, die sich ausnahmslos am Existenzminimum orientieren, sind deshalb aus unserer Sicht abzulehnen. Wir fordern ein BGE, das armutsverhindernd ist und kulturelle und politische Teilhabe sichert. Daher darf die Höhe nicht unter dem Kultur- und Existenzminimum liegen. Diese Höhe muss durch ein unabhängiges, öffentliches Institut anhand objektiver und transparenter Kriterien festgelegt werden und jährlich angepasst werden. Außerdem soll das bedingungslose Grundeinkommen ähnlich wie beim Mindestlohn in ganz Deutschland einheitlich sein.

Das BGE ersetzt Sozialleistungen bis zur Höhe des Grundeinkommens. Viele Sozialausgaben wie zum Beispiel Kinder-, Arbeitslosengeld und BAföG entfallen somit. Alle Sozialleistungen, die über das BGE hinausgehen, müssen aus Sicht der GRÜNEN JUGEND Bayern weiterhin bezahlt werden.

Auch für Kinder wird das Grundeinkommen in gleicher Höhe ab der Geburt ausgezahlt. Kindern muss zugetraut werden, eigenverantwortlich zu handeln und selbstbestimmt zu

entscheiden, deswegen wird ab dem 13. Lebensjahr ein Teil des BGE direkt an diese ausgezahlt und dieser Anteil gestaffelt erhöht, bis schließlich nach Vollendung des 16. Lebensjahrs alle Jugendlichen den vollen Betrag direkt erhalten.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Einführung eines bundesweit einheitlichen bedingungslosen Grundeinkommens, das kulturelle und politische Teilhabe und ein Leben ohne Armut sichert. Sozialleistungen, die das BGE übersteigen müssen weiterhin bezahlt werden.

Keine Bedarfsprüfung

Damit das bedingungslose Grundeinkommen auch wirklich bedingungslos ist, darf es keine Bedarfsprüfung geben. Jede*r erhält das BGE, unabhängig von Einkommen und Vermögen. Demütigung und sinnlose Gängelung von Menschen, die Arbeitslosengeld beantragen müssen, gehören somit der Vergangenheit an. Verdeckte Armut, die aus aufgrund von Scham oder Unwissen nicht beantragten Sozialleistungen entsteht, verschwindet. Durch den Wegfall der überflüssigen Bürokratie können im großen Umfang Ausgaben eingespart werden. Die Zahlung unabhängig vom Bedarf impliziert außerdem, dass Einkommen nicht auf das Grundeinkommen angerechnet wird. Derzeitige hohe Transferentzugsraten von bis zu 90% gibt es daher nicht mehr, das heißt Geringverdiener*innen können ihr gesamtes Einkommen nach Steuern und somit deutlich mehr als zur Zeit behalten. Im Gegensatz zur verbreiteten Befürchtung, dass mit BGE

viele Menschen nicht mehr arbeiten wollen, entsteht dadurch bei Geringverdienenden ein zusätzlicher Arbeitsanreiz.

Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern ein bedingungsloses Grundeinkommen das ohne Bedarfsprüfungen gezahlt wird. Außerdem dürfen Einkünfte nicht auf das Grundeinkommen angerechnet werden.

Im Folgenden soll ein Vorschlag zur Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens gemacht werden:

Deutschland hat ein sehr kompliziertes Steuersystem, das durch immer wieder vorgenommene Anpassungen zu einem Wust aus undurchsichtigen Vorschriften geworden ist. Eine Reform, die dies vereinfacht und übersichtlicher macht, ist dringend nötig. Anders als die derzeit regierenden neoliberalen Phantasierer*innen wollen wir allerdings nicht einfach kopflos Steuern streichen ohne die Auswirkungen dieser Maßnahmen zu betrachten. Wir wollen ein einfaches und gleichzeitig gerechtes System. Unser Ziel muss eine Gesellschaft sein, in der ein Klima gegenseitiger Solidarität herrscht. Steuern zu bezahlen sollte nicht als Geldverschwendung sondern als selbstverständlicher Beitrag zum Gemeinwesen eines*r jeden Bürgers*in gesehen werden. Unser Steuersystem folgt der Maxime, dass Menschen mit hohen Einkommen und großem Vermögen in Zukunft konsequenterweise mehr zur Finanzierung des Sozialstaats beitragen müssen.

Einkommenssteuer

Die Einkommensteuer ist eine der tragenden Säulen der Einnahmenseite der Bundesrepublik. Doch in den letzten 20 Jahren wurde diese unter verschiedenen Regierungen stark zusammengekürzt. Wiederholt wurden besonders Menschen mit überdurchschnittlichem Einkommen steuerlich entlastet.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb, dass sich die Einkommensteuer wieder stärker an der Höhe des Einkommens der Menschen orientiert. Menschen mit hohen Einkommen sollen dementsprechend stärker besteuert werden und Menschen mit geringeren Einkommen eine Entlastung erfahren. Die Einkommensteuer muss so umgebaut werden, dass der Einkommenssteuersatz beginnend von 14 % bei niedrigen Einkommen gestaffelt bis zu einem Spitzensteuersatz von 75%, ab einem Einkommen von 1 Millionen Euro, ansteigt. Dabei sollen die monatlichen Grundfreibeträge für alle Menschen gleich sein und der Höhe des Bedingungslosen Grundeinkommens entsprechen. Die Einkommensteuer soll ohne die Berücksichtigung der sonstigen Lebensumstände auf den einzelnen Menschen und sein Einkommen angewandt werden.

Kapitalertragssteuer/ Abgeltungssteuer

Seit der Einführung der Abgeltungssteuer wird die Mehrzahl der Kapitalerträge pauschal mit 25 % zusätzlich des Solidaritätszuschlags besteuert. Dies begünstigt besonders Menschen, die ihr Einkommen aus Kapitalerträgen erwirtschaften. Damit werden sie

gegenüber Menschen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, extrem bevorzugt und kommen so ihrem Teil der Finanzierung des Allgemeinwesens nicht angemessen nach.

Wir wollen die Abgeltungssteuer wieder abschaffen und eine Kapitalertragssteuer einführen, die die Kapitalerträge wieder mit dem persönlichen Einkommensteuersatz besteuert.

Ein Steuerdumping, so wie es damals Finanzminister Steinbrück mit der Reform der Kapitalertragssteuer im Sinne hatte, verurteilen wir aufs Schärfste.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb, dass der persönliche Einkommmenssteuersatz bei der Besteuerung der Eigenkapitalerträge wieder berücksichtigt und somit wieder sozial gerechter gestaltet wird.

Ehegattensplitting

Das Ehegattensplitting ist ein Modell, das einen Lebensentwurf begünstigt in dem sich viele Menschen nicht wiederfinden. Es fördert das klassische Rollenmodell in dem Frauen* zu Hause bleiben und sich um den Haushalt und die Kinder kümmern. Dies führt bei Scheidungen oft zu Erwerbslosigkeit und Altersarmut von Frauen*. Wir wollen, dass durch das Steuersystem kein Lebensentwurf besonders begünstigt wird, sondern, dass jede*r so leben kann wie er*sie das möchte.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb die Abschaffung des Ehegattensplittings und die finanzielle Begünstigung der Ehe ob mit oder ohne Kinder zu beenden!

Stattdessen fordern wir die Einführung eines Familientarifs, der die gegenseitige

Absicherung von Menschen berücksichtigt sowie das Versorgen von Kindern in den Fokus rückt.

Solidaritätszuschlag

Der Solidaritätszuschlag ist ein Zuschlag auf Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, sowie Kapitalertragsteuer und wurde 1991 eingeführt, um unter anderem die Kosten der Wiedervereinigung, des 2. Golfkrieges und die Unterstützung der Länder in Mittel- und Osteuropa zu finanzieren. Für uns ist der Soli eine unter anderem Namen gelabelte Steuererhöhung. Wir denken, dass in einer gerechten Gesellschaft jede*r weiß aus welchem Grund Steuern erhoben werden und welche Vorteile ein gut durchfinanziertes Gemeinwesen hat.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb im Zuge einer Umgestaltung des Steuersystems die Abschaffung des Solidaritätszuschlags und dessen Ersatz durch erhöhtes Aufkommen aus anderen Steuern. Dies führt zu Transparenz und somit zu mehr Akzeptanz.

Erbschaftssteuer

In Deutschland ist das Vermögen ungleich verteilt. Neueste Untersuchungen zeigen: Allein das reichste Prozent besitzt ein Drittel des gesamten Privatvermögens. Pro Jahr werden circa 200 bis 300 Milliarden Euro vererbt von welchen der Fiskus nur etwa 5 Milliarden Euro als Erbschaftssteuer erhält. So wird die immense soziale Ungerechtigkeit von einer

Generation zur nächsten weitergereicht. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, dass alle Bürger*innen der nächsten Generationen am Erbe beteiligt werden. Niemand kann sich aussuchen, ob er*sie in einem gutsituiertem oder in einem weniger privilegiertem Haushalt aufwächst. Deshalb wollen wir eine Gesellschaft in der jeder Mensch zu Beginn seines Lebens die gleichen Chancen hat und die Abhängigkeit von der Situation Eltern verringert wird.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb die Besteuerung von Erbschaften durch die Einkommenssteuer der Erb*innen. Erbschaften und Schenkungen, die 1 Million Euro übersteigen sind aus Sicht der GRÜNEN JUGEND Bayern ungerecht und sollten möglichst an den Staat zurückgeführt werden. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass Erbschaften mit einem Freibetrag von 1.000.000 Euro und einer Erbschaftssteuer von 100% besteuert werden sollen. Schenkungen sollen genauso wie Erbschaften besteuert werden.

Auch für Unternehmensanteile wollen wir keine Ausnahmen von der Erbschaftssteuer. Durch die Erbschaftssteuer werden Unternehmen(bspw. Familienunternehmen, Großunternehmen, Banken etc.) demokratisiert. Es werden dann zwangsläufig vielen Menschen Unternehmensanteile gehören, anstatt dass sich die Unternehmensanteile und folglich Vermögen auf eine Familie oder wenige Großaktionär*innen aufteilen.

Besteuerung von Rechtsformen

Für uns steht fest: Alle Unternehmen sollen gleich besteuert werden, unabhängig von der Rechtsform oder wo das Unternehmen seinen Sitz hat. Eine gerechte Besteuerung der

Unternehmen kann allerdings nur funktionieren, wenn die Europäische Union sowie supranationale Verbünde einheitliche Besteuerungsstandards setzen. Nur so kann das Steueroasenprinzip beendet werden und Steuervermeidungstricks wirksam unterbunden werden. Nur eine solidarische Weltgemeinschaft kann es schaffen, dass Unternehmen ihren fairen Anteil an der Staatsfinanzierung beitragen. Anders als von der schwarz-gelb geforderten Ellenbogengesellschaft wollen wir, dass Unternehmen den Menschen dienen und nicht nur reine Gewinnmaximierungsmaschinen von reichen Menschen sind.

Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer ist für viele Kommunen ein fundamentales Standbein ihrer Finanzierung. Doch konjunkturelle Schwankungen führen dazu, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer stark schwanken. Somit sind langfristige strategische Finanzplanungen der Kommunen fast nicht möglich. Außerdem fördert die Niedrigsteuerpolitik einiger Kommunen nicht-nachhaltiges Wachstum der lokalen Wirtschaft.

Eine Möglichkeit die Einnahmen aus der Gewerbesteuer weiter zu stabilisieren sieht die GRÜNE JUGEND Bayern darin, das auch Freiberufler*innen, genauso wie Personengesellschaften, verpflichtet werden Gewerbesteuer zu zahlen und diese anschließend auf ihre Einkommensteuer angerechnet wird. So wird endlich Steuergerechtigkeit unter den einzelnen Berufsgruppen hergestellt. Weiterhin fordern wir, dass sich die Hebesätze der Kommunen an ihrer Nachbargemeinden orientieren, um so

starkes Abweichen nach unten zu vermeiden. Mittelfristig fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass die Gewerbesteuer landesweit eingezogen wird und dann nach der Einwohner*innenanzahl vollständig an die Kommunen ausgeschüttet wird. Hierbei ist es wichtig, dass der Mindesthebesatz sowie die Gewerbesteuer an sich nicht gesenkt werden, da der Anreiz für die Kommunen den Hebesatz, bei einer landesweiten Gewerbesteuer, zu senken deutlich steigt. Auch sollte die Gewerbesteuer, wenn der Hebesatz in vielen Gemeinden gesenkt wird, generell angehoben werden. So wird der Wettbewerb um neue Unternehmensansiedlungen unter den Kommunen, der immer neue Gewerbegebiete und damit Flächenversiegelung hervorbringt, beendet.

Körperschaftssteuer

Auch die Körperschaftssteuer ist in Deutschland in den letzten Jahren und Jahrzehnten stets zurückgegangen. 1949 lag die Körperschaftssteuer beispielsweise bei 65% und erst 2008 wurde die Körperschaftssteuer von 25% auf 15% gesenkt. Somit haben wir im internationalen Vergleich einen der niedrigsten Körperschaftssteuersätze. Entgegen der von vielen Politikern und Wirtschaftsvertreter*innen propagierten Maxime führt eine Senkung der Körperschaftssteuer allerdings nicht zu erhöhten Investitionen seitens der Unternehmen. Vielmehr stiegen im Grunde nur die Gewinne der Unternehmen.
Mit einem Körperschaftsteuersatz von 15% kommen Unternehmen aus Sicht der GRÜNEN JUGEND Bayern ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nicht nach. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine Anhebung der Körperschaftssteuer auf

mindestens 25%. Langfristig sehen wir eine Vereinfachung der Besteuerung auf Gewinne durch eine einheitliche Besteuerung von Unternehmen, wodurch die Körperschaftssteuer und die Gewerbesteuer ersetzt werden, als zielführend an.

Vermögenssteuer

Eine Vermögensteuer, die sich an den Eigentumswerten der Menschen ausrichtet, sehen wir höchstens als kurzfristiges Mittel der Umverteilung an. Eine zeitlich begrenze Vermögensabgabe bis zur Anhebung der Einkommens- und Erbschaftssteuer halten wir für sinnvoll. Durch eine Einkommensteuer mit einem Spitzensteuersatz von 75% und einer Erbschaftssteuer von 100%, wie in unserem Steuerkonzept vorgesehen, wird die Vermögensteuer nicht mehr notwendig sein. Somit können Schwierigkeiten wie die Bewertung und die Erhebung der Vermögenssteuer in Zukunft vermieden werden.
Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb in Anbetracht der hohen Schulden des Bundes die Einführung einer zeitlich befristeten Vermögensabgabe um damit vornehmlich Altschulden zu tilgen. Langfristig jedoch setzen wir auf die Umverteilungswirkung der Erbschaftssteuer und der Einkommenssteuer.

Verbrauchssteuern

Verbrauchssteuern können sehr sinnvoll sein, um bestimmte Produkte sehr differenziert, sozial und ökologisch ausdifferenziert zu besteuern. Hierdurch können diese Steuern eine Lenkungswirkung entfalten, also beispielsweise Menschen dazu bewegen,

umweltfreundlichere Produkte zu kaufen. Dies ist etwa bei der Stromsteuer relativ gut geregelt. Bei der Energiesteuer muss ressourcenschonendes Verhalten allerdings noch stärker gefördert werden. Dies wird am besten durch eine Bevorteilung von emissionsarmen Energieträgern bzw. einer Benachteiligung von umweltschädlichen Energieträgern erreicht. Die Privilegierung von Diesel gegenüber Benzin muss endlich ein Ende haben. Denn: Die Höhe der Steuer muss die ökologische Wahrheit sagen! Deshalb halten wir es auch für sinnvoll die Kernbrennstoffsteuer drastisch zu erhöhen. Atomkraftwerke bergen nach wie vor große Risiken und sind eine ökologische Katastrophe. Wir halten die Erhöhung der Kernbrennstoffsteuer als geeignetes Mittel, um den Betrieb von Atomkraftwerken weiterhin unattraktiver zu machen.

Außerdem bietet es sich an Steuern auf Genussmittel (Zwischenerzeugnissteuer, Tabaksteuer, Kaffeesteuer, Biersteuer, Branntweinsteuer, Schaumweinsteuer, Alkopopsteuer) durch die Definition von weiteren Genussmittel, wie beispielsweise Fleisch, auszuweiten. Fleisch kann durch die Besteuerung als Genussmittel endlich als ökologisch schädlich benannt werden. Dieses Vorgehen ist für uns aber auch für weitere Produkte vorstellbar.

Für eine generelle Anhebung der Steuern auf Genussmittel sehen wir allerdings aktuell und innerhalb unseres Steuerkonzeptes keinen Bedarf. Falls für einen handlungsfähigen Staat allerdings Mehreinnahmen benötigt werden, sehen wir eine Erhöhung der Stromsteuer oder der Steuern auf Genussmittel zunächst als deutlich geeigneter an als eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Generell sollten aus Sicht der GRÜNEN JUGEND

Bayern allerdings immer erst progressive ansteigende Steuern angehoben werden, anstatt die Mehrwertsteuer oder Genusssteuern.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass Steuern die ökologische Wahrheit sagen müssen und deshalb die Erhöhung der Energiesteuer auf umweltschädlichen Produkte. Die Steuern auf Genussmittel sollten auf weitere Produkte wie bspw. Fleisch ausgeweitet werden, die Stromsteuer hingegen sollte zunächst nicht verändert werden.

Mehrwertsteuer

Konsum wird bisher mit der Mehrwertsteuer besteuert. Die Mehrwertsteuer soll aus Sicht der GRÜNEN JUGEND Bayern in absehbarer Zeit nicht verändert werden. Die Mehrwertsteuer trifft Menschen mit geringem Einkommen und Vermögen stärker, denn sie ist weniger progressiv als andere Steuerarten. So zahlen bei der Mehrwertsteuer alle Menschen den gleichen Steuersatz, egal wie viel sie verdienen und wie groß ihr Vermögen ist. Zudem geben einkommensschwache Menschen einen größeren Anteil ihres Einkommens für den Konsum aus, während reichere Menschen meist einen Teil ihres Einkommens sparen können oder anderweitig verwenden und somit auf diesen keine Mehrwertsteuer zahlen müssen. Eine stärkere sozial und ökologisch ausdifferenzierte Konsumsteuer könnte zwar eine vorteilhafte Lenkungswirkung entwickeln, ist aber kaum umsetzbar.

Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Mehrwertsteuer auf absehbare Zeit nicht zu verändern. Konsum muss weiterhin besteuert werden, aber eine Erhöhung würde vor allem sozial schlechter gestellte Menschen treffen.

Steuerhinterziehung bekämpfen

Deutschland gehen laut Schätzungen jedes Jahr Steuereinnahmen in Höhe von 150 Mrd. Euro verloren. Dabei muss zwischen derzeit legalen Methoden der Steuerverschleierung, Steuerschlupflöchern und illegaler Steuerhinterziehung unterschieden werden.

Steuerhinterzieher*innen wollen wir durch mehr Finanzbeamt*innen auf die Schliche kommen. Harte Geldstrafen und ein Bewusstsein, dass die Menschen, die von ihnen zu leistenden Steuern nicht bezahlen hierdurch allen Bürger*innen schaden, sollen diese illegalen Handlungen unterbinden.

Zusammen mit der Europäischen Union und anderen supranationalen Verbünden wollen wir die Möglichkeiten von Menschen einschränken Geld weltweit so anzulegen, dass die zuständigen Steuerbehörden darauf keinen Zugriff haben. Offenlegungspflichten der Banken wollen wir international umsetzten sowie die Zusammenarbeit von nationalen Steuerfahndungen verstärken.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass die Steuerbehörden der Länder konsequent gegen Steuerhinterzieher*innen vorgehen und dabei in Zusammenarbeit mit Steuerbehörden anderer Länder zusammenarbeiten, um ausstehende Steuern zu erheben.

Die Möglichkeiten der Unternehmen Steuern zu minimieren, indem sie aufwändige Konstrukte bilden, um in Ländern besteuert zu werden, in denen der Steuersatz gering oder gar nicht vorhanden ist, wollen wir unterbinden. Dies wollen wir erreichen indem wir eine Strafsteuer auf Transaktionen aus diesen sogenannten "Steueroasen" einführen.

Weiterhin wollen wir zusammen mit der Europäischen Union und anderen supranationalen Verbünden eine einheitliche Mindestbesteuerung umsetzen, um Steueroasen generell unmöglich zu machen.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert in Zusammenarbeit von internationalen Steuerbehörden der EU und supranationalen Verbünden sowie der Unternehmen eine internationale einheitliche Besteuerung zu schaffen und Steuerschlupflöcher zu schließen.

Die Internationale Perspektive unser Steuerpolitik und des Grundeinkommens

Für einen international ausgerichteten Jugendverband wie die GRÜNE JUGEND Bayern ist klar: Ein nationales BGE kann nur ein Zwischenschritt sein. Die Diskussion um das BGE und auch die Debatte über Steuerkonzepte kann hervorragend in die Diskussion um ein gemeinsames europäisches Sozialsystem mit einfließen.

Unsere Zukunft ist europäisch und global!